

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuß

26. Sitzung
am Mittwoch, dem 4. Februar 1998, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Ingrid Franzen (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Ulrike Rodust ((SPD)

in Vertretung von Konrad Nabel

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Peter Gerckens (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

T a g e s o r d n u n g	Seite
1. Zulässigkeit von Redezeitbeschränkungen in Ausschußsitzungen	4
2. Regulierung des Kormoranbestands	5
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/636	
3. Bericht des Umweltministers über das Chitosan-Projekt	6
4. Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/973	
5.a) Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein	10
Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/716	
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/971	
5.b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1173	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes	11
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/1132	
7. Verschiedenes	11

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Einvernehmlich stellt der Ausschuß die Beratung der Vorlagen der F.D.P.-Fraktion im Hinblick auf die Abwesenheit der Abg. Dr. Happach-Kasan zurück.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zulässigkeit von Redezeitbeschränkungen in Ausschußsitzungen

hierzu: Umdruck 14/1580

Nach einer kurzen Unterrichtung durch LMR Dr. Wuttke anhand der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes und einer kurzen Aussprache stellt der Ausschuß fest, daß ein nicht einvernehmlicher Beschluß, die Redezeit in Ausschußsitzungen auf zwei Minuten zu begrenzen, als verfassungswidrig anzusehen ist.

In diesem Zusammenhang appelliert die Vorsitzende, Abg. Tengler, an die Ausschußmitglieder, sich grundsätzlich von vornherein auf eine Sitzungsdauer bis 17 Uhr einzurichten und sich nicht unnötig unter Zeitdruck zu setzen. Der Ausschuß sollte straff und zielgerichtet seine Detailarbeit leisten können.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Regulierung des Kormoranbestands

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/636

hierzu: Umdrucke 14/1048, 14/1334, 14/1547

Der Ausschuß stellt die abschließende Beratung des Antrags - nachdem ihm inzwischen die "Eckpunkte" vom Umweltministerium zugeleitet worden sind - für seine nächste Sitzung am 4. März 1998 zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Umweltministers über das Chitosan-Projekt

Dem Ausschuß liegt mit dem Umdruck 14/1139 eine schriftliche Darstellung des Ministeriums zu dem Chitosan-Projekt vor. M Steenblock faßt ergänzend zusammen, daß das Chitosan aufgrund seiner biologischen Abbaubarkeit hervorragend als Rohstoff geeignet sei und im Hinblick auf Nachhaltigkeit eine breite Anwendungspalette finde. Zu bedauern sei nur, daß die Realisierung solcher Projekte in der Konkretisierung mit den einzelnen Trägern nicht so leicht und zügig vonstatten gehe, wie er es sich wünsche. Er gehe jedoch davon aus, daß die Anlage jetzt gebaut werden könne.

Wichtig sei, daß parallel zu der Chitosanproduktionsanlage in Büsum ein Krabben-schälzentrum errichtet werde, das den benötigten Rohstoff zur Verfügung stelle. Dieses Vorhaben werde vom Umweltministerium und vom Ministerium für ländliche Räume gemeinsam betrieben. Nach jüngsten Gesprächen mit den Krabbenfischern hoffe er, daß es mit zusätzlichen Mitteln aus dem Umweltbereich im laufenden Jahr begonnen werden könne.

Abg. Strauß bekräftigt die Einschätzung von M Steenblock, daß die Projekte von allen Seiten begrüßt würden. Ihr hätte aber an einer Information über die technischen Abläufe, die finanzielle Situation und die Marktsituation für Chitosan-Produkte gelegen.

M Steenblock ergänzt, daß die erwähnte Schälanlage nicht nur in Kombination mit der Chitosananlage von Bedeutung sei, sondern auch zur Sicherung der heimischen Produktion in der Krabbenverarbeitung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen an der Westküste.

Träger der Chitosananlage werde die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel sein. Die entstehenden Arbeitsplätze lägen gerade im wissenschaftlichen Bereich, weil die Versuche auch wissenschaftlich begleitet werden sollten. Etwa fünf bis zehn Techniker und Wissenschaftler würden dort beschäftigt.

Zusammen mit den Arbeitsplätzen des Krabben-schälzentrums entstünden somit etwa 60 bis 70 Arbeitsplätze in der Region. Beteiligt seien an dem Projekt die CAU, die Universität Potsdam, die Fachhochschule Westküste, die Fachhochschule Flensburg und

die Fachhochschule Lübeck.

In der Produktion rechne das Ministerium mit der Verarbeitung von 12 000 t Chitosan jährlich. Die Anlagenkosten von 1 Million DM würden durch das Umweltministerium und aus EU-Mitteln finanziert. Betreiber werde die Ciba-Chemikalien sein, die großes Interesse daran habe, mit den Einrichtungen vor Ort zusammenzuarbeiten. Die Betreiberkosten sollten vornehmlich durch den Verkauf des Produkts erwirtschaftet werden. Das Restdefizit müsse durch Forschungs- und Entwicklungsmittel gedeckt werden. Ziel müsse es jedoch sein, daß sich die Anlage selbst trage.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden, Abg. Tengler, bemerkt M Steenblock, daß für das Krabbenschälzentrum das Ministerium für ländliche Räume federführend sei, das einen Zuschuß von 5 % der Kosten leisten werde und das bisher auch allein über die Unterlagen verfüge. Seines Wissens handele es sich um etwa 4 Millionen DM für 50 Arbeitsplätze. Träger und Betreiber stünden noch nicht fest. Zur Zeit seien etwa 20 Krabbenfischer unter Leitung des Berufsverbandes im Gespräch, die das Zentrum betreiben wollten.

M Steenblock geht davon aus, daß der Zeitraum, bis sich die Chitosan-Anlage selbst trage, nur etwa zwei bis drei Jahre betrage, in denen die wissenschaftliche Begleitforschung betrieben werden solle. Er erwarte, daß die Anlage Ende des Jahres fertiggestellt sein werde und die Produktion Anfang 1999 aufnehmen könne.

Der Ausschuß sieht diesen Punkt damit zunächst als erledigt an. Er nimmt in Aussicht, zu einem späteren Zeitpunkt die fertiggestellte Anlage zu besichtigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973

Abg. Franzen erklärt, daß ihre Fraktion mit dem Fortgang der Modernisierungsprojekte im Umweltbereich sehr zufrieden sei und den Bericht im Ausschuß zur Kenntnis nehme.

Abg. Todsen teilt die Bewertung der Abg. Franzen nicht; es sei schon bemerkenswert, daß die Entscheidung über die Einrichtung der staatlichen Umweltämter vor der Beratung des Berichts durch den Ausschuß gefallen sei. Sie erbittet nähere Angaben zu Aussagen, daß das Amt in Schleswig auf drei oder vier Stellen verteilt untergebracht sei und der Arbeitsbetrieb auch dadurch gestört werde, daß in einem Gebäude immer noch Mitarbeiterinnen des Landeskrankenhauses wohnten.

M Steenblock räumt ein, daß das Unterbringungsproblem noch nicht zufriedenstellend gelöst sei; federführend verantwortlich dafür sei aber die Staatskanzlei.

Auf Anregung der Vorsitzenden, Abg. Tengler, wird sich der Ausschuß zu einem späteren Zeitpunkt umfassend über den Sachstand des gesamten Umstrukturierungsprozesses unter Bildung der staatlichen Umweltämter unterrichten lassen.

Auf die Frage der Abg. Todsen, wann mit dem Abschluß der angekündigten Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik zu rechnen sei, teilt M Steenblock mit, daß das Umweltministerium seinen Bericht fertiggestellt und dem Kabinett vorgelegt habe. Ob die Landesregierung beabsichtige, alle Berichte der Ministerien zu einem Bericht zusammenzufassen, oder ob die Ministerien ihre Berichte jeweils gesondert veröffentlichten, sei ihm nicht bekannt. Aus seiner Sicht bestünden dagegen keinerlei Bedenken. Etwa 70 % der Vorschläge würden bis zum Ende des Jahres vermutlich umgesetzt sein. Er sei gern bereit, den Ausschuß darüber noch näher zu unterrichten. Abg. Todsen würde es begrüßen, wenn der Ausschuß in einer der nächsten Sitzungen über die Ergebnisse informiert würde.

Mit der Unterbringung des LANU im Mercatorhaus in Kiel und den erforderlichen bauli-

chen Maßnahmen sowie der damit zusammenhängende Problematik der Laborkapazitäten, nach denen sich Abg. Todsén erkundigt, beschäftige sich noch der Finanzausschuß sehr eingehend. Das Ministerium bearbeite derzeit noch die Aufträge des Finanzausschusses dazu. Das Ministerium sei gern bereit, dem Ausschuß das Gutachten über die Laborkapazitäten, sobald es in eine verwendbare Form gebracht worden sei, zur Verfügung zu stellen; dieses Gutachten betreffe aber nicht nur den Umweltbereich, sondern erfasse sämtliche Laborkapazitäten im Lande.

Was den von Abg. Todsén angesprochenen "Instanzenabbau" und die "Stärkung dezentraler Verantwortung" angehe, so verfolge das Ministerium grundsätzlich das Ziel, Entscheidungen und Arbeitsvorgänge zu delegieren. In Grundsatzfragen aber müsse der Minister die Entscheidungskompetenz behalten. So sei inzwischen die Naturschutzgebietsausweisung vollständig auf das LANU delegiert worden.

Zur Umstrukturierung der Forstwirtschaft erwähnt M Steenblock, daß in Kürze ein von einer Arbeitsgruppe erarbeiteter Gutachtauftrag vergeben werde. Das Gutachten werde bis zum Sommer des Jahres erwartet. Wenn es sich als vernünftige Entscheidungsgrundlage herausstelle, sollten anschließend daraus resultierende Organisationsentscheidungen getroffen werden. Von dem Gutachten werde auch die Zusammenlegung von Forstämtern abhängen.

Auf weitere Nachfragen der Abg. Todsén erklärt M Steenblock, daß die bereits getroffene Entscheidung, die Forstabteilung und die Naturschutzabteilung des Ministeriums zusammenzuführen, unabhängig von dem erwarteten Gutachten aufrechterhalten werde. Insgesamt werde damit die Zahl der Abteilungen des Ministeriums von sieben auf fünf reduziert. Sobald die Zustimmung des Personalrats vorliege, werde er dem Ausschuß das neue Organigramm des Ministeriums zuleiten.

Der Ausschuß sieht damit die Erörterung des Berichts als erledigt an. Er nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/716

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/971

(überwiesen am 26. September 1997 zur abschließenden Beratung)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschafts-
gesetzes**

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1173

(überwiesen am 22. Januar 1998)
(Verfahrensfragen)

Die abschließende Beratung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein stellt der Ausschuß im Hinblick auf die Abwesenheit der Vertreterin der F.D.P.-Fraktion zurück.

Zur weiteren Beratung des Entwurfs eines Änderungsgesetzes zum Landesabfallwirtschaftsgesetz einigt sich der Ausschuß darauf, eine Anhörung - sowohl in schriftlicher Form als auch mündlich - durchzuführen. Bis zum 10. Februar werden die Sprecher der Fraktionen den Kreis der Anzuhörenden festlegen. Zuvor wird das Ministerium dem Ausschuß eine Liste der zu dem Referentenentwurf angehörten Verbände und Organisationen sowie deren Stellungnahmen zu dem Referentenentwurf zuleiten.

Als Termin für die mündliche Anhörung legt der Ausschuß Donnerstag, den 19. März 1998, 9.00 Uhr, fest. Die Anhörung soll bis gegen 14.00 Uhr dauern.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/1132

Im Hinblick auf die Abwesenheit der Vertreterin der F.D.P.-Fraktion stellt der Ausschuß die Behandlung dieses Punktes für seine nächste Sitzung zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Ausschuß ist weiterhin darum bemüht, eine deutsche Übersetzung des Trilateralen Wattenmeerplans sowie der Stader Erklärung dazu zu erhalten.

- c) Abg. Straiuß erinnert an die Zusage von StS Berg in der letzten Sitzung, dem Ausschuß eine Darstellung zu übermitteln, mit welchen Umständen es ein Betrieb zu tun hat, der in einem Wasserschutzgebiet angesiedelt ist.

- d) Abg. Jacobs erbittet einen Bericht des Ministeriums über die abfallwirtschaftlichen Bemühungen des Kreises Schleswig-Flensburg in den vergangenen zwölf Jahren aus der Sicht des Umweltministeriums.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr

gez. Tengler
Vorsitzende

gez. Burdinski
Geschäfts- und Protokollführer